

Humboldt-Universität zu Berlin  
Kommission für Lehre und Studium  
des Akademischen Senats

10.12.03  
VI B/prot1110.doc  
Tel.: 1567

### **Protokoll Nr. 12 /03**

der Beratung der Kommission für Lehre und Studium (LSK) des Akademischen Senats (AS)  
am 08. Dezember 2003 von 14.15 bis 19.00 Uhr

---

#### Leitung:

Herr Prof. Schlaeger

#### Geschäftsstelle:

Frau Heyer (Protokoll)

#### Mitglieder:

Herr PD Dr. Dahme, Frau Froemel (entschuldigt), Frau Frost, Frau Fuchslocher, Frau Hron (Stellv.), Frau Dr. Huberty, Herr Hübner (entschuldigt), Frau Knuth (entschuldigt), Herr Ohnewald (Stellv.), Herr Oldewurtel (Stellv.), Herr Prof. Presber, Herr Prof. Raddatz, Herr Dr. Schnabel, Herr Schneider (Stellv.) Herr Sieron, Frau Teodorescu, Herr Süß, Herr Zerowsky

#### Ständig beratende Gäste:

Herr Baeckmann  
Herr Möhlmann  
Herr Prof. Tenorth

#### Gäste:

Frau Dr. Kuhn

### **1. Bestätigung der Tagesordnung**

Die vorliegende Tagesordnung wird bestätigt.

### **2. Bestätigung des Protokolls**

Das Protokoll über die Beratung vom 10. November 2003 wird bestätigt.

### **3. Informationen**

- Prof. Tenorth berichtet, dass das Berliner Abgeordnetenhaus das Lehrerbildungsgesetz mit der Erprobungsklausel beschlossen hat. Die Lehrerbildung wird demzufolge definitiv in ganz Berlin im Rahmen der konsekutiven Studiengangsmodele umgestellt. Die Umstellung auf das Bachelor-/Mastersystem soll mit Beginn des WS 04/05 erfolgen.
- Zum Studienkontenmodell hat im Abgeordnetenhaus eine Anhörung stattgefunden. Das Modell wurde mit unterschiedlichen Begründungen abgelehnt.
- Dr. Dahme informiert über Gespräche mit Fachschaften der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät II zu den studentischen Streikaktionen. Es wird bedauert, dass nur bei wenigen Hochschullehrern Gesprächsbereitschaft gegeben ist.

Die Mitglieder der LSK erklären, dass der Streik begrüßt und das Anliegen der Studierenden unterstützt wird. Im Interesse der Studierenden müssen Konsequenzen auf den Studienverlauf vermieden werden.

#### **4. Stellungnahme der LSK zur Strukturplanung**

Prof. Schlaeger informiert über die Anhörungen der Fakultäten in der Gemeinsamen Kommission (GK aus EPK, LSK und FNK). Alle Fakultäten haben zum Sparvorschlag des Präsidiums Stellungnahmen abgegeben. Die GK hat am 3.12.03 eine erste Bilanz gezogen. Zunächst wurden eine Reihe allgemeiner Fragen diskutiert, wie z. B. das zu erbringende Sparvolumen, der alternative Vorschlag des Personalrats und Einsparmöglichkeiten durch die vorzeitige Aufgabe von Mietobjekten.

Eine Arbeitsgemeinschaft unter Leitung von Prof. Kamecke wird gezielt Einsparmöglichkeiten in der Verwaltung prüfen. Es besteht der Eindruck, dass im Wissenschaftsbereich detailgenaue Sparmöglichkeiten vorgelegt, in der Verwaltung jedoch nur pauschale Kürzungen vorgeschlagen wurden. Weiter wird kritisiert, dass, bezogen auf die Gehaltssummen, der Anteil des Sparvolumens im Wissenschaftsbereich höher als der Anteil im Verwaltungsbereich ist.

In der GK wurde festgestellt, dass bei der LGF und der Bibliothekswissenschaft nur die Anzahl der Professuren bzw. Stellen, jedoch keine Summen bei den Personalkosten aufgelistet sind. Diese Frage ist noch zu klären.

Insgesamt hat das Ergebnis der Beratungen in der GK gezeigt, dass es durch die Kürzungen einen nachhaltigen Schaden in der Qualität von Lehre und Forschung an der HU geben wird.

Für die Unterbreitung von Vorschlägen durch die GK gibt es verschiedene Optionen:

1. Aufstellung einer gleitenden Skala von Prioritäten oder
2. Die Fächer, die bereits in der letzten Sparrunde gemahnt wurden, die Leistungen zu verbessern, werden erneut angemahnt. Diese Fächer müssen damit rechnen, dass entsprechende Maßnahmen vorgeschlagen werden.

Prof. Schlaeger berichtet weiter, dass sich die Stellungnahmen der Fakultäten und die Diskussion in der GK an den Vorschlägen des Präsidiums orientiert haben. Die GK hat mit dem Präsidium ausführlich diskutiert. Es wird festgestellt, dass zusätzliche Spielräume dringend benötigt werden. Die besondere Schwierigkeit sieht die GK darin, dass trotz einer Reihe von zur Zeit bestehenden Unwägbarkeiten ein neuer Vorschlag erarbeitet werden muss. Daher sollte der Akademische Senat beschließen, einen oder mehrere Prüftermine im Zusammenhang mit der Plafondabsenkung bis 2009 anzusetzen. Durch diese Prüfung sollten ggf. zusätzliche Spielräume erfasst und über deren Verwendung beraten und entschieden werden.

Darüber hinaus ist zu bedenken, dass eine Prüfung auf Doppelangebote an Berliner Universitäten durch den Senat noch erfolgen könnte.

#### Die Mitglieder der LSK diskutieren ausführlich die Sparvorschläge des Präsidiums und die Stellungnahmen der Fakultäten:

Prof. Tenorth begründet das unterschiedliche Sparvolumen im Konzept des Präsidiums und im Papier des Personalrats. In die Berechnungen von Herrn Hansel sind weniger Positionen eingegangen. Zu beachten ist auch, ob Durchschnittssätze der Gehälter oder praktische Gehälter verwendet werden. Herr Baeckmann berichtet über die vorliegenden Ergebnisse der HIS-Studie, in der Bereiche der Verwaltung mit dem Datenmaterial anderer Hochschulen verglichen wurden. Demnach scheinen keine Sparpotentiale in den Verwaltungsabteilungen, bis auf die Technische Abteilung, vorhanden zu sein. Prof. Tenorth erläutert die noch laufenden HIS-Verfahren, die sich auf die Service-Einrichtungen der HU beziehen. Sobald das Ergebnis vorliegt, muss die Diskussion geführt werden, von welchen Teilen man sich trennen könnte. Er weist darauf hin, dass die Entmietung von Gebäuden nicht in jedem Fall Gelder frei setzt, da diese Summen häufig für die Finanzierung anderer Einrichtungen längerfristig geplant sind.

Herr Zerowsky merkt kritisch an, dass die studentischen Mitglieder der EPK bereits vor vier Wochen eine Anfrage an die Haushaltsabteilung zu den Ausgaben des Präsidialbereichs gestellt haben. Die gewünschte Auskunft kann nicht vor dem 12.12.03 gegeben werden.

Auf Nachfrage von Herrn Oldewurtel erläutert Prof. Tenorth das Berechnungsmodell auf Grund der Kennzahlenberechnung. Prof. Schlaeger weist darauf hin, dass mehrfach der Einwand geäußert wurde, dass Sprachlektoren in den Fremdsprachlichen Philologien eingerechnet wurden. Dieser Fehler ist zu korrigieren.

Dr. Dahme hält es für problematisch, bei den zu erwartenden Streichungen in der Lehre neue Studiengänge einzurichten.

Prof. Presber erläutert seine Auffassung, dass die Universität durch die Kürzungsvorschläge keine Spielräume gewinnt und dass es immer weitere Sparrunden geben wird. Deshalb sollte die HU eher bestimmte Bereiche komplett schließen, als in allen Fächern immer weiter zu reduzieren. Die Universität muss signalisieren, dass weitere Streichungen in den Fächern nicht zu verkraften sind. Die LSK sollte darüber diskutieren, welche Studiengänge gewollt sind, auch im Hinblick auf die zu erwartende Einführung von Studiengebühren. Er begründet weiter seine Auffassung, dass die Schließung der LGF ein Fehler wäre, da die Fakultät interessante und politisch wirksame Studiengänge anbietet. Das neue Konzept der LGF ist unterstützenswert.

Die Mitglieder der LSK diskutieren denkbare Alternativen wie die Schließung von Fakultäten bzw. eine Konzentration auf Masterstudiengänge an der HU.

Prof. Tenorth führt aus, dass auch das Präsidium alternative Varianten diskutiert hat. Dabei wurde von folgenden Annahmen ausgegangen:

1. An der HU findet keine Lehrerbildung mehr statt.
2. An der HU konzentriert sich das Studienangebot auf Masterstudiengänge.
3. Fächer, die keine kapazitätsmäßige Auslastung (bis 50%) aufweisen, werden vollständig gestrichen.

Das Präsidium war jedoch der Auffassung, dass diese Annahmen nicht zur Grundlage des Rahmenkonzepts herangezogen werden sollten.

Prof. Schlaeger betont, dass der Charakter der Universität nicht in Frage gestellt werden darf. Die Universität sollte sich eindeutig dazu bekennen, dass die Lehrerbildung fortgeführt wird und dass für Studierende ein Vollstudium möglich sein soll. Radikale Einschnitte würden sich negativ auf die Zuwendungen der staatlichen Seite auswirken.

Herr Oldewurtel schließt sich der Auffassung an, dass es keine zu starken Einschnitte geben darf, sondern bewahrt werden sollte, was möglich ist.

Herr Zerowsky betont, dass der Druck des Studentenstreiks zur Folge hat, dass über die Sparsummen auf politischer Seite nachgedacht wird. Daher ist es erforderlich, den Druck weiter zu verstärken; der Präsident sollte die Hochschulverträge nicht unterschreiben.

Frau Hron unterstützt die Meinung von Prof. Presber, dass noch weitere Sparrunden folgen werden. Die Universität muss sich darüber klar werden, in welcher Weise man darauf reagieren will. Die Universität, die man jetzt hat, wird es in absehbarer Zeit nicht mehr geben. Es muss deutlicher signalisiert werden, wie stark der Druck auf die Universitäten wirklich ist.

Herr Zerowsky weist darauf hin, dass die studentischen Proteste nicht ausreichend Unterstützung finden. So hat das Professorium des Instituts für Sozialwissenschaften gefordert, dass ab der nächsten Woche die Lehrveranstaltungen wieder in der üblichen Form durchgeführt werden. Forderungen dieser Art treten jetzt vermehrt auf. Prof. Schlaeger betont, dass die studentischen Proteste weitergeführt werden müssen. Er schlägt vor, in einem Schreiben an die Fakultäten und Institute deutlich zu machen, dass die LSK sich für die Unterstützung der Streikaktionen ausspricht.

Die Mitglieder der LSK sprechen sich weiter dafür aus, in der Sitzung des AS am 9.12.04 darauf hinzuwirken, dass wegen der Teilnahme am Streik für niemanden ein Semester verloren gehen darf. Besonders im Hinblick auf BAföG-Angelegenheiten und Stipendienregelungen für ausländische Studierende sind die Hochschullehrer gefordert, nach flexiblen Lösungen zu suchen. Denkbar sind beispielsweise:

- eine Verlängerung des Wintersemesters,
- ein Angebot von geblockten Veranstaltungen zu Semesterende,
- die Verlängerung von Lehrveranstaltungszeiten und
- die Intensivierung von Beratungsangeboten.

In jedem Fall ist der Zugang zu Prüfungen zu ermöglichen.

Ausgehend von den Beratungen der GK fasst Prof. Schlaeger noch einmal zusammen, dass die Fächer die von der Universitätsleitung vorgeschlagene Fakultätsstruktur nicht akzeptieren und dass „starke“ hauptamtliche Dekane nicht gewünscht sind. In den vorliegenden Stellungnahmen wird deutlich, dass ein großer Teil der Fächer sich eine sinnvolle Lehre und Forschung mit Kürzungen in einigen Bereichen vorstellen kann. Die LSK vertritt jedoch die Auffassung, dass die Einsparsumme deutlich unter 90 Professuren liegen muss. In der LSK besteht Einvernehmen, den Erhalt der LGF und die im Konzept erörterte neue Struktur der Fakultät zu unterstützen.

Im weiteren Verlauf der Diskussion äußern die Mitglieder der LSK für die einzelnen Fächer, unter Einbeziehung der Leistungsindikatoren, der Ranglisten sowie der Stellungnahmen, welche Streichungsvorschläge nicht akzeptiert werden bzw. bei welchen Fächern noch zusätzlicher Spielraum gesehen wird (siehe Anlage).

## 5. Verschiedenes

-

Im Auftrag  
gez. H. Heyer

Anlage